



Steuerreformen – Interpellation zu den Auswirkungen der Steuerreformen auf Liestal von Bernhard Bonjour namens der SP-Fraktion; schriftliche Antwort des Stadtrats

Kurzinformation

Interpellation Nr. 2022-93 von Bernhard Bonjour namens der SP-Fraktion vom 21. Februar 2022:

Die Auswirkungen der eben erst umgesetzten Steuerreform SV 17 sind langsam erkennbar. In unserer Gemeinde hat sich damit das strukturelle Defizit massiv erhöht. Liestal muss sich neu verschulden und notwendige Massnahmen zur Erhaltung der Infrastruktur und wichtige andere Investitionen können nicht mehr realisiert werden oder müssen zu lange herausgeschoben werden. Es wird eine Neuverschuldung nötig, die sich gerade bei den aktuell steigenden Zinsen fatal auswirken wird.

Liestal ist wie alle Gemeinden abhängig von kantonalen und eidgenössischen Bestimmungen, insbesondere im Bildungswesen und im Sozialbereich, was durchaus Sinn macht, um Minimalstandards im ganzen Kanton zu garantieren, was aber zu Ausgabensteigerungen führt. Bereits mit der Steuerreform 17 und nun auch mit den geplanten Reformen der Vermögens- und Einkommenssteuern wird zusätzlich die Einnahmenseite massiv beschnitten. Auf nationaler Ebene wird zurzeit die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinsen aus inländischen Obligationen diskutiert. Eine ausreichende Ersatzfinanzierung von Bund respektive Kanton an die Gemeinden wird, wie sich aktuell zeigt, nicht gewährt. So entfällt für die Stadt Liestal der notwendige Handlungsspielraum, um die Stadt für alle attraktiv zu gestalten.

Um uns Verantwortlichen in der Politik und der Einwohnerschaft mehr Klarheit zu verschaffen über die Auswirkungen der Steuerreformen auf unsere Stadt, bitten wir um die Beantwortung dieser Fragen:

1. Mit welchen Mindereinnahmen für die Stadt Liestal ist bei den Steuern der juristischen Personen seit der Umsetzung der SV 17 zu rechnen? Wir bitten um möglichst detaillierte Angaben.
2. Gibt es konkrete Anzeichen dafür, dass sich diese Mindereinnahmen durch Zuzug oder Neugründung von Firmen vollständig kompensieren lassen? Wie viele Firmen sind seit dem Inkrafttreten der SV 17 aus anderen Kantonen oder Ländern zugezogen?

3. Zu welchen Mindereinnahmen für die Stadt Liestal würde die aktuell geplante kantonale Vermögenssteuerreform I führen?
4. Gibt es bereits Berechnungen oder Schätzungen darüber, welche Auswirkungen die kantonal angedachte Einkommens- und Vermögenssteuerreform II auf das Gemeinde-budget haben wird?
5. Wieviel Prozent des Steuerertrages der Gemeinde würden durch diese geplanten Steuerreformen voraussichtlich weniger eingenommen?
6. Die Verrechnungssteuer auf Zinsen aus inländischen Obligationen wird vom Bund erhoben, die Kantone erhalten 10% dieser Einnahmen. Werden diese Gelder im Kanton Baselland zumindest teilweise an die Gemeinden weitergeleitet? Wenn ja, um welchen Betrag handelt es sich dabei?
7. Der Wegfall der Verrechnungssteuer bei inländischen Obligationen könnte dazu führen, dass diese Einnahmen resp. Vermögensteile in den Steuererklärungen nicht mehr angegeben werden und deshalb könnten die Steuererträge bei den kantonalen Steuern sinken. Trifft es zu, dass von einer solchen Entwicklung auch die Steuererträge der Stadt Liestal betroffen sein werden, dass es also zu zusätzlichen Mindererträgen kommen könnte, da die Gemeindesteuern in Prozentsätzen der kantonalen Steuern berechnet werden?
8. Welche Haltung vertritt der Stadtrat zur Haltung des Verbands Basellandschaftlicher Gemeinden VBLG, dass die Steuereinnahmen der Gemeinden vom Kanton entkoppelt werden sollen?
9. Um wieviel Prozentpunkte müsste der Steuersatz der Stadt Liestal schätzungsweise erhöht werden, um die Mindereinnahmen aus der SV 17 und aus den beiden weiteren geplanten kantonalen Steuerrevisionen vollständig zu kompensieren, falls wie bisher keine kantonalen Ausgleichsmassnahmen ergriffen werden?
10. Welche Bemühungen hat der Stadtrat bereits unternommen oder beabsichtigt er zu unternehmen, um beim Kanton auf den Verzicht auf diese geplanten Steuersenkungen und auf einen finanziellen Ausgleich der bisherigen Ausfälle hinzuwirken?

Wir würden eine schriftliche Beantwortung der Fragen begrüßen.

Liestal, 22. März 2022

Für den Stadtrat Liestal

Der Stadtpräsident

Der Stadtverwalter

Daniel Spinnler

Marcel Meichtry

DETAILINFORMATIONEN

1. Ausgangslage

Interpellation «zu den Auswirkungen der Steuerreformen auf Liestal» von Bernhard Bonjour der SP-Fraktion vom 21. Februar 2022:

«Die Auswirkungen der eben erst umgesetzten Steuerreform SV 17 sind langsam erkennbar. In unserer Gemeinde hat sich damit das strukturelle Defizit massiv erhöht. Liestal muss sich neu verschulden und notwendige Massnahmen zur Erhaltung der Infrastruktur und wichtige andere Investitionen können nicht mehr realisiert werden oder müssen zu lange herausgeschoben werden. Es wird eine Neuverschuldung nötig, die sich gerade bei den aktuell steigenden Zinsen fatal auswirken wird.

Liestal ist wie alle Gemeinden abhängig von kantonalen und eidgenössischen Bestimmungen, insbesondere im Bildungswesen und im Sozialbereich, was durchaus Sinn macht, um Minimalstandards im ganzen Kanton zu garantieren, was aber zu Ausgabensteigerungen führt. Bereits mit der Steuerreform 17 und nun auch mit den geplanten Reformen der Vermögens- und Einkommenssteuern wird zusätzlich die Einnahmenseite massiv beschnitten. Auf nationaler Ebene wird zurzeit die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Zinsen aus inländischen Obligationen diskutiert. Eine ausreichende Ersatzfinanzierung von Bund respektive Kanton an die Gemeinden wird, wie sich aktuell zeigt, nicht gewährt. So entfällt für die Stadt Liestal der notwendige Handlungsspielraum, um die Stadt für alle attraktiv zu gestalten.

Um uns Verantwortlichen in der Politik und der Einwohnerschaft mehr Klarheit zu verschaffen über die Auswirkungen der Steuerreformen auf unsere Stadt, bitten wir um die Beantwortung dieser Fragen»

2. Beantwortung der Fragen

Frage 1: Mit welchen Mindereinnahmen für die Stadt Liestal ist bei den Steuern der juristischen Personen seit der Umsetzung der SV 17 zu rechnen? Wir bitten um möglichst detaillierte Angaben.

Folgende Beschlüsse wirken sich gemäss Steuereinbuchungen und aktuellen Schätzungen (noch nicht alle Veranlagungen vorliegend) wie folgt aus:

- Ab 2020: Reduktion Kapitalsteuer von 0.275% auf 0.055%
⇒ Effekt CHF -2.0 Mio.
- Ab 2023: Reduktion Gewinnsteuer
⇒ Voraussichtlicher Effekt gem. Berechnung der kantonalen Steuerverwaltung CHF -0.77 Mio.
- Ab 2025: Reduktion Gewinnsteuer
⇒ Voraussichtlicher Effekt gem. Berechnung der kantonalen Steuerverwaltung CHF -0.68 Mio.
- Ab 2020: Erhöhung Anteil direkte Bundessteuer
⇒ CHF +0.56 Mio. im 2020
⇒ CHF +0.60 Mio. im 2021

Total ca. CHF -2.9 Mio.

Frage 2: Gibt es konkrete Anzeichen dafür, dass sich diese Mindereinnahmen durch Zuzug oder Neugründung von Firmen vollständig kompensieren lassen? Wie viele Firmen sind seit dem Inkrafttreten der SV 17 aus anderen Kantonen oder Ländern zugezogen?

Gemäss makroökonomischer Theorie haben Steuersenkungen analog zur Erhöhung von Staatsausgaben einen positiven Effekt auf das reale BIP und damit auch auf die Beschäftigung (Keynesianischer Multiplikatoreffekt). Wann und wie stark dieser aufgrund dieser Steuervorlage auftritt, kann die Stadt Liestal nicht beantworten.

Ebenso wenig kann eine Einschätzung bzgl. aktueller wirtschaftlicher Aktivität getroffen werden. Dazu ist die Datenlage, auf welche die Stadt Liestal Zugriff hat, zu dünn: Denn im Kanton Basel-Landschaft veranlagt die kantonale Steuerverwaltung die juristischen Personen. Die Stadtverwaltung erfährt lediglich, welche juristischen Personen steuerpflichtig sind (aktuell über 1'000) und welche Steuerbeträge geschuldet sind (Ertragssteuer und Kapitalsteuer). Veränderungen der Steuererträge lassen sich herleiten, sobald alle Steuerpflichtigen Unternehmen veranlagt sind. Aktuell sind bei zahlreichen Unternehmen die Veranlagungen teilweise über mehrere Jahre zurück ausstehend. Ausserdem kann aus den Daten nicht entnommen werden, woher die Unternehmen zugezogen sind bzw. ob es sich um Start-ups handelt. Schliesslich hat die Stadtverwaltung keine Kenntnis davon, auf welchem Umsatz und Abzügen der steuerbare Gewinn basiert.

Die der Stadt Liestal zur Verfügung stehenden Daten sind somit für die verlangte Beurteilung nicht aussagekräftig.

Insgesamt müsste diese Frage aus Sicht des Kantons Basel-Landschaft beurteilt werden, denn sämtliche Gemeinden wie auch der Kanton haben die Steuern gesenkt.

Was die Frage der Kompensation betrifft. Es wurde nicht versprochen, dass die Steuerausfälle durch erhöhte wirtschaftliche Aktivität über Steuererträge kompensiert würden. Vielmehr wurden eine Kompensation der Ausfälle via Bundesbeiträge und den Finanzausgleich in Aussicht gestellt. Gemäss Schätzungen des statistischen Amtes hätte der Finanzausgleich im Jahr 2021 bei ca. CHF 2.1 Mio. liegen sollen. Diese Annahme wurde zwar in den EP20-24 aufgenommen (S. 49ff), wurde aber schon damals durch den Stadtrat als unrealistisch eingeschätzt. Wie sich zeigte, belief sich der Finanzausgleich im Jahr 2021 auf lediglich CHF 19'000. Darauf wäre der Kanton eigentlich zu behaften.

Frage 3: Zu welchen Mindereinnahmen für die Stadt Liestal würde die aktuell geplante kantonale Vermögenssteuerreform I führen?

Die Steuererträge bei den natürlichen Personen setzen sich wie folgt zusammen (RE20):
Einkommenssteuern: 33.9 Mio. Franken
Vermögenssteuern: 3.8 Mio. Franken

Die erste Schätzung der kantonalen Steuerverwaltung liegt bei einem Ausfall von rund CHF 0.7 Mio.

Frage 4: Gibt es bereits Berechnungen oder Schätzungen darüber, welche Auswirkungen die kantonal angedachte Einkommens- und Vermögenssteuerreform II auf das Gemeindebudget haben wird?

Nein, dazu haben wir noch keine Schätzungen der federführenden Direktion erhalten.

Frage 5: *Wieviel Prozent des Steuerertrages der Gemeinde würden durch diese geplanten Steuerreformen voraussichtlich weniger eingenommen?*

- Vermögensteuerreform I: ca. 1.5 Steuerprozent (gem. Schätzung KSTV)
- Vermögensteuerreform II: noch keine Schätzung des KSTV vorhanden

Frage 6: *Die Verrechnungssteuer auf Zinsen aus inländischen Obligationen wird vom Bund erhoben, die Kantone erhalten 10% dieser Einnahmen. Werden diese Gelder im Kanton Baselland zumindest teilweise an die Gemeinden weitergeleitet? Wenn ja, um welchen Betrag handelt es sich dabei?*

Gemäss Auskunft der kantonalen Steuerverwaltung wird der Ertrag aus der Verrechnungssteuer nicht an die Gemeinden weitergeleitet. Der entsprechende Ertrag wird in der kantonalen Jahresrechnung im Transferertrag verbucht und ausgewiesen.

Frage 7: *Der Wegfall der Verrechnungssteuer bei inländischen Obligationen könnte dazu führen, dass diese Einnahmen resp. Vermögensteile in den Steuererklärungen nicht mehr angegeben werden und deshalb könnten die Steuererträge bei den kantonalen Steuern sinken. Trifft es zu, dass von einer solchen Entwicklung auch die Steuererträge der Stadt Liestal betroffen sein werden, dass es also zu zusätzlichen Mindererträgen kommen könnte, da die Gemeindesteuern in Prozenten der kantonalen Steuern berechnet werden?*

Gemäss Auskunft bei der kantonalen Steuerverwaltung soll mit der geplanten Verrechnungssteuerrevision der Schweizer Fremdkapitalmarkt gestärkt werden. Hierfür wird unter anderem die Verrechnungssteuer auf Zinserträgen abgeschafft. Dies gilt allerdings nicht für Zinserträge aus Kundenguthaben an inländische natürliche Personen. Somit wird die Verrechnungssteuer für inländische natürliche Personen nicht vollumfänglich abgeschafft. Dass zukünftig steuerpflichtige Personen in Einzelfällen Vermögenswerte wie Obligationen und die daraus resultierenden Einkünfte nicht deklarieren, kann nicht ganz ausgeschlossen werden. Es dürfte sich dabei aber um eher vernachlässigbare Einzelfälle handeln. Ferner verfügen die Steuerbehörden mit dem Vermögensvergleich über Mittel, um plötzliche Vermögensabflüsse aufzuspüren. Sollten die entsprechenden Faktoren aber tatsächlich nicht deklariert werden, dann würden diese, sofern die Steuerhinterziehung nicht entdeckt wird, weder bei den Kantons- noch bei den Gemeindesteuern berücksichtigt.

Frage 8: *Welche Haltung vertritt der Stadtrat zur Haltung des Verbands Basellandschaftlicher Gemeinden VBLG, dass die Steuereinnahmen der Gemeinden vom Kanton entkoppelt werden sollen?*

Der Stadtrat unterstützt die Haltung des VBLG, dass Gemeinden den Gemeindesteuersatz innerhalb einer Bandbreite basierend auf dem steuerbaren Einkommen und Vermögen festlegen dürfen (analog zum Kanton Aargau). Damit würden die Gemeindesteuererträge für natürliche Personen von den kantonalen Steuererträgen entkoppelt (analog heutigem System bei den juristischen Personen). Aktuell werden die Gemeindesteuern mit dem Steuerfuss vom kantonalen Steuerbetrag ausgehend berechnet (in Liestal bekanntlich 65% vom durch den Kanton in Rechnung gestellten Steuerbetrag). Sinken aufgrund der Vermögenssteuerreform vorgeschlagen die in Rechnung gestellten Vermögenssteuern, sinken auch die Erträge der Gemeinden, ohne dass der Steuerfuss angepasst wird. Entsprechend verändern sich automatisch auch die Steuererträge der Gemeinden, wenn der Kanton – wie hier vorgeschlagen – die zugrundeliegende Basis verändert.

Mit der Umsetzung der Forderung des VBLG wäre der Kanton zukünftig frei, die Kantonssteuersätze unabhängig von den Gemeinden festzulegen, was den Gemeinden grössere Budgetsicherheit und insbesondere eine höhere Autonomie gäbe.

Frage 9: Um wieviel Prozentpunkte müsste der Steuersatz der Stadt Liestal schätzungsweise erhöht werden, um die Mindereinnahmen aus der SV 17 und aus den beiden weiteren geplanten kantonalen Steuerrevisionen vollständig zu kompensieren, falls wie bisher keine kantonalen Ausgleichsmassnahmen ergriffen werden?

Sollten die Steuerausfälle von juristischen Personen und den Vermögenssteuern auf die natürlichen Personen abgewälzt werden, müssten ein Betrag von ca. CHF 3.6 Mio. kompensiert werden (SV17: CHF -2.9 Mio. // Vermögenssteuerreform: CHF -0.7 Mio.). Ein Steuerprozent liegt in Liestal durchschnittlich bei ca. CHF 0.55 Mio. Entsprechen wäre eine Erhöhung um 6-7 Steuerprozentpunkte notwendig. Allerdings handelt es sich hierbei um eine statische Betrachtung, da nicht abgeschätzt werden kann, wie viele Personen aus Liestal weg- bzw. gar nicht erst nach Liestal ziehen würden.

Frage 10: Welche Bemühungen hat der Stadtrat bereits unternommen oder beabsichtigt er zu unternehmen, um beim Kanton auf den Verzicht auf diese geplanten Steuersenkungen und auf einen finanziellen Ausgleich der bisherigen Ausfälle hinzuwirken?

Der Stadtrat hat zur Vermögenssteuerreform I eine eigene Vernehmlassung eingereicht. In dieser wird neben den Forderungen des VBLG (siehe oben) eine Kompensation verlangt, welche die Ertragsausfälle aus der Vermögenssteuerreform zu 100% abfedert. Diese darf aus Sicht des Stadtrats nicht über den Finanzausgleich erfolgen.

Als Kompensation wurde explizit gefordert, dass die Grundstückgewinnsteuern zu mindestens 50% an die Gemeinden umgelenkt werden, was im Totalbetrag ungefähr dem Ausfall aus der Vermögenssteuerreform entspricht. Aktuell erhalten die Gemeinden keinen Franken aus den Grundstückgewinnsteuern, obwohl sie analog der juristischen Personen Ort des Steuervorgangs sind.

Sollte keine Kompensation (ausserhalb des Finanzausgleichs) vorgesehen werden, wird die Stadt Liestal sich mit anderen Gemeinden gegen diese Gesetzesvorlage zur Wehr setzen.